

Die Zukunft der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum: Entwicklungsoptionen für Kinderbetreuung, Schule und Kultur

Bericht zum Workshop des IWH und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Am 14. und 15. Februar 2013 veranstalteten das IWH, der Lehrstuhl für Öffentliches Recht und der Lehrstuhl für Ökonometrie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) einen Workshop zum Thema „Die Zukunft der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum: Entwicklungsoptionen für Kinderbetreuung, Schule und Kultur“. Der Workshop verdeutlichte den existierenden Effizienzdruck in den Infrastruktureinrichtungen infolge rückläufiger Einwohnerzahlen. Es wurde aber auch deutlich, dass zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen ein breites Spektrum von Anpassungsmöglichkeiten existiert, das beispielsweise Veränderungen im Gebietszuschnitt, Kooperationslösungen, Flexibilisierung von Standards und Umnutzung brachgefallener Einrichtungen umfasst. Die von den Veranstaltern präsentierten Forschungsergebnisse sind im Rahmen der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ entstanden und wurden durch das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt gefördert. Darüber hinaus hielten weitere Expertinnen und Experten aus Sachsen-Anhalt und anderen Bundesländern Vorträge.

Zwang zu Effizienz in der Daseinsvorsorge

Ergebnisse einer Bürgerbefragung in ländlichen Kreisen zur subjektiven Zufriedenheit mit den sozialen Infrastrukturen gab ein Vortrag von *Franziska Jungermann* (IWH) wieder. Die drei laut Umfrage am häufigsten als störend empfundenen Umstände des Alltagslebens am Wohnort sind die öffentliche Verkehrsanbindung, fehlende Freizeitmöglichkeiten sowie die Erreichbarkeit oder Leistung des Hausarztes. Gleichwohl sind die Befragten mehrheitlich mit ihrem Leben am Wohnort zufrieden, und nur wenige würden wegziehen wollen.

Befunde zur Effizienz kommunaler Leistungserstellung präsentierte *Prof. Dr. Heinz P. Galler* (MLU). Kostenminimale Einwohnergrößen liegen

gemäß seiner Analyse bei 10 000 Einwohnern. Bei einem Vergleich gemeindlicher Organisationsformen in Sachsen-Anhalt zeigten sich Effizienzvorteile, wenn eine Dezentralisierung von kommunalen Entscheidungsstrukturen mit einer zentralisierten Aufgabenerfüllung einhergehe. *Lukas Schreier* (MLU), der den Einfluss des demographischen Wandels auf die Nachfrageseite untersucht hatte, zeigte unter anderem, dass mit einem höheren Anteil Älterer eine positive Wirkung auf die Verteilung freier Mittel des kommunalen Haushaltes zugunsten von Kindertagesstätten verbunden sei. Dies führe zur Frage, ob ein Werben um „Junge“ mittels guter Kinderbetreuung eine probate kommunale Entwicklungsstrategie sein könne.

Im Bereich Kinderbetreuung zeigte *Dr. Peter Bönisch* (MLU) einen u-förmigen Kostenverlauf, mit einem Kostenoptimum bei 112 Betreuungsplätzen je Einrichtung verglichen mit einem Ist-Durchschnitt von 91. In der Konsequenz bedeute dies, so der Referent, Betriebsgrößen auszuweiten oder Kostensteigerungen zu akzeptieren. Laut *Dr. Annett Steinführer* und *Dr. Patrick Küpper* (Institut für Ländliche Räume, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei), die Experteninterviews in zwei Harzgemeinden führten, müssen weniger Kinder nicht zwangsläufig weniger Schulen bedeuten. Auch Ausnahmegenehmigungen für Standorte, Kooperationen, Qualitätsverbesserung durch Angebotsausweitung und verstärkte Eigeninitiative kämen infrage. *Dr. Walter Bartl* folgerte gemeinsam mit *Prof. Dr. Reinhold Sackmann* (beide MLU), dass mit mehr integrativer Beschulung unter anderem wegen der dadurch besseren Auslastung den negativen Konsequenzen des Schrumpfens der Bevölkerung entgegengewirkt werden könne. Dies sei allerdings organisatorisch und institutionell aufwändig. *André Jacob* (Sächsischer Landkreistag) betonte in seinem Vortrag unter anderem, als Lehre

aus den Entwicklungen in der Vergangenheit, die Notwendigkeit der Berücksichtigung demographischer Veränderungen bei der Schulnetzplanung.

Breites Spektrum von Anpassungsmöglichkeiten

Als eine Möglichkeit zur Erhaltung einer bestimmten kommunalen Leistung arbeitete Prof. Dr. Winfried Kluth (MLU) Kooperationen zwischen Kommunen heraus. Sie erforderten Flexibilität und passgenaue Rechtsformen. In einem zweiten Vortrag empfahl Kluth anknüpfend an häufig problematisierte hohe Kosten infolge von Standards, dass betroffene Kommunen die Möglichkeit haben sollten, darüber kritisch mit der Stelle, die die Normen setzt, zu diskutieren. Er verwies auf das in Hessen praktizierte Dialogverfahren.

Peter Lönnecke (Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst) berichtete über das Sächsische Kulturräumgesetz, das eigenverantwortliche Entscheidungen über die Mittelverwendung bei Kulturaufgaben von regionaler Bedeutung ermöglicht. Frank Amey (Stadt- und Regionalplaner, Halle (Saale)) referierte über Best-Practice-Beispiele aus dem Kreis Mansfeld-Südharz und aus Nordthüringen zur Wiederinwertsetzung brachgefallener Infrastruktureinrichtungen.

Alles in allem gibt es, wie Dr. Walter Hyll (IWH) in seiner Zusammenfassung des ersten Workshoptages zeigte, ein sehr breites Spektrum von Anpassungsmöglichkeiten, das weit über die bloße Schließung von Einrichtungen hinausgeht.

Ländlicher Raum ist heterogen

Am abschließenden Podiumsgespräch nahmen Prof. Dr. Klaus Friedrich (MLU, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt) als Moderator, Prof. Dr. Ulf Gundlach (Staatssekretär im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt), Christiane Lüdemann (Verbandsgemeindebürgermeisterin Beetzendorf-Diesdorf), Petra Raue (Institut für Ländliche Räume, Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig), Wilfried Köhler (Leiter der Stabsstelle Demografische Entwicklung, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt) und Michael Eckert (Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt) teil.

Im Podiumsgespräch wurde deutlich, dass es offenbar schwierig ist, die in den oben genannten Vorträgen aufgezeigten Alternativen zur Schließung

von Grundschulen umzusetzen. Sie wurden als unvermeidlich bezeichnet, wenn die Mindestschülerzahl nicht erreicht wird. Dies stelle aber neue Anforderungen an den Öffentlichen Personennahverkehr und auch an die betroffenen Eltern. Im Zusammenhang mit der Setzung von Standards sei eine sehr frühe Einbindung der betroffenen Kommunen in den Gesetzgebungsprozess erforderlich. Eine Reaktion auf den demographischen Wandel könne ferner in der Einrichtung so genannter multifunktionaler Zentren bestehen. Auch sei zivilgesell-



Podiumsdiskussion: Wilfried Köhler, Petra Raue, Prof. Dr. Ulf Gundlach, Prof. Dr. Klaus Friedrich, Christiane Lüdemann, Michael Eckert (von links).

Foto: IWH.

schaftliches Engagement wichtig. Dieses könne aber in einigen Infrastrukturbereichen, etwa bei Apotheken und Schulen, eher wenig leisten. Erforderlich sei schließlich eine enge interministerielle Zusammenarbeit. Der ländliche Raum zeige eine deutliche Differenzierung. Gemeinden mit guter Infrastrukturausstattung, die in Stadtnähe gelegen sind und von Ausstrahlungseffekten ansässiger Industrien profitieren, gelten als zukunftsfähig. In Gemeinden ohne diese Merkmale bleibt das Risiko der Abwanderung bestehen.

Clemens Fuhrmeister, Monika Reck,
Gerhard Heimpold
(Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de)*

* Clemens Fuhrmeister und Monika Reck studieren im Masterstudiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und haben im Rahmen des Ausbildungsmoduls „Werkstattgespräch“ die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Tagung unterstützt.